

„Chance vertan, wir bleiben dran: Mindestlohn statt Lohndumping“

Wie soll es nach dem 1. Mai und der Neuregelung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland weitergehen? Diese Frage und weitere Probleme rund um den Mindestlohn diskutierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Podiumsgesprächs am 7. Juni im Suhler FRIZ, zu der auch zahlreiche Gewerkschafter sowie Jugendliche und Senioren gekommen waren.

Grundlagen für das Gespräch zum Thema legte Ina Leukefeld – arbeitsmarktpolitische Sprecherin der LINKEN im Thüringer Landtag – mit einer Präsentation von vielen Argumenten für eine Verstärkung des Kampfes um flächendeckende und existenzsichernde gesetzliche Mindestlöhne. Untragbar sei, dass heute in Thüringen 34% aller Beschäftigten und 52% der jugendlichen Beschäftigten weniger als 8,90 € in der Stunde verdienen. Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können, und das ohne staatliche Subventionen, so ihre zentrale Forderung. Ihr schloss sich der junge Gewerkschafter Johannes Häfke (NGG) an, der vor allem fehlende Solidarität unter den Beschäftigten erfahren hatte und deshalb temperamentvoll die Forderung vertrat: „Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter sein.“ Häfke, der betonte, dass er nicht den offiziellen Standpunkt seiner Gewerkschaft darlegt, wollte Forderungen in den Mittelpunkt stellen, die nicht nur die Interessen von Niedriglöhnern, sondern die der gesamten Arbeiterschaft berühren. So trat er für ein bedingungsloses und existenzsicherndes Grundeinkommen für alle, Verkürzung der Arbeitszeit und Abschaffung der Leiharbeit ein. Als Vorsitzender von OWUS Thüringen vertrat Gerd Beck den Standpunkt der kleinen Unternehmer, dass der Lohn heute deren einzige Stellschraube sei, die für viele mit einem Mindestlohn wegfallen könnte. Für den Einstieg in Mindestlöhne forderte er Übergangslösungen für kleine und Kleinstunternehmen. In der Diskussion wurde die Notwendigkeit für die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen unterstrichen. Die Gesprächspartner wollten Mindestlohn und Grundeinkommen nicht als Alternativen sondern als Stufenfolge sehen. Die in den letzten Jahren eingeführte staatliche Subventionierung von Löhnen wurde in der Diskussion als klägliches Versagen der Führungselite der deutschen Wirtschaft bewertet.

Dr. K. Walther, Suhl